

## **Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesvorstandes für 2013/2014**

### **1. Verbandstag 2013**

Am 13./14. April 2013 fand in Berlin der 25. LSVD-Verbandstag statt. Der Verbandstag verabschiedete u.a. Prüfsteine zur Bundestagswahl 2013, Resolutionen zur Situation von Lesben und Schwulen in Russland und der Ukraine und zur europäischen Gleichstellungspolitik. Gastredner waren der Geschäftsträger der Botschaft von Argentinien und der Familienrechtler Prof. Dr. Marcos Córdoba von der Universität Buenos Aires zur Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare in Argentinien. In den Vorstand gewählt wurden Axel Hochrein, Helmut Metzner, Hasso Müller-Kittkau, Uta Schwenke, Tobias Zimmermann und Eva Henkel. Weiterhin für ein Jahr im Amt waren Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Günter Dworek, Annette Hecker, Uta Kehr und Martin Pfarr.

### **2. Mitgliederentwicklung**

Im vergangenen Jahr verlief die Mitgliederentwicklung wieder positiv: Die Zahl unserer Mitglieder stieg in den vergangenen zwölf Monaten um 110 von 4.236 Mitglieder (20. März 2013) auf 4.346 Mitglieder (27. März 2014). Davon sind 1.661 Frauen, 2.372 Männer und 113 korporative Mitglieder (Gruppen, Vereine, Unternehmen).

### **3. respekt! und andere Publikationen**

Im Februar 2014 erschien eine neue Ausgabe unserer Zeitschrift respekt! in einer Auflage von 12.000 Exemplaren. Die Redaktion besorgen Renate Rampf, Günter Dworek, Eva Henkel und Markus Ulrich, Franka Braun liefert das ansprechende Design und Layout. Zudem produzierte der LSVD zahlreiche give aways zum CSD sowie das Faltblatt „Ja, ich will gleiche Rechte“.

Das Projektteam „Homosexualität und Familien – eine Herausforderung für familienbezogenes Fachpersonal“ bestehend aus Ilka Borchardt und Heiko Reinhold hat gerade ein Handbuch für familienbezogenes Fachpersonal vorgelegt, das Fragestellungen und Lösungsvorschläge in origineller und praxisorientierter Form für die Familienbildung und Familienberatung aufbereitet. Elke Jansen, Leiterin des LSVD-Projektes Regenbogenfamilien hat eine komplett überarbeitete Neuauflage des Beratungsführers für lesbische Mütter, schwule Väter und familienbezogene Fachkräfte veröffentlicht. Beide Ratgeber erschienen mit Unterstützung des BMFSFJ.

Der LSVD ist auch in den social media aktiv. Die Seite des LSVD-Bundesverbandes konnte die Facebook Fans auf über 3.300 steigern. Das ist mehr als eine Verdopplung zum letzten Jahr. Mit dabei sind auch die Hirschfeld-Eddy-Stiftung und LSVD fresh, wir tauschen uns aus mit den vielen facebook-Seiten der Landesverbände und LSVD-Projekte. Auf Twitter stieg die Zahl der Follower im vergangenen Jahr um 1.000 auf 3.100. Die beiden Netzwerke werden täglich mit aktuellen Meldungen vom LSVD-Hauptstadtbüro gespeist.

Große Zugriffszahlen verzeichnet auch der LSVD-bLOG. Auf <http://www.lsvd-blog.de/> gibt es etwa alle drei Tage einen neuen Bericht über Aktionen des LSVD auf Bundes- wie Landesebene, Hintergrundberichte und Interviews zu Themen wie Ehe, Adoption, Personenstandsrecht und Intersexualität, Videofilm zu Transgender, Rehabilitation und vieles mehr. Außerdem dokumentieren wir dort Positionsbestimmungen des LSVD und Statements unserer internationalen Partner. Das vom Redaktionsteam der Pressestelle (Renate Rampf, Markus Ulrich und Franka Braun) betreute Online-Magazin hat

durchschnittlich 4.000 Aufrufe im Monat. Insgesamt erschienen im LSVD-bLOG im vergangenen Jahr 130 Beiträge, darunter auch 24 Artikel der aktuellen respekt!.

Die Homepage [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de) und die weiteren Webseiten des LSVD, etwa die des Projektes „Homosexualität und Familie“, die zum Projekt Regenbogenfamilien, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, zur Kampagne „3+“ oder der Mission Aufklärung sind weiterhin eine umfassende Informationsquelle, die täglich von vielen Menschen genutzt werden.

Die Inhalte unserer Verbandshomepage, insbesondere die Presseschau, werden täglich aktualisiert. Auch alle rechtlichen Informationen, das Lebenspartnerschaftsrecht und andere Rechtsbereiche betreffend, werden ständig aktualisiert. Die Statistik der eindeutigen Besucher der vielen Webseiten des LSVD und seiner Untergruppierungen zeigt hohe Besucherzahlen auf (ca. 25.000 eindeutige Besucher pro Monat allein auf der LSVD-Seite).

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung veröffentlichte auch im vergangenen Jahr eine aktualisierte Fassung der ILGA-Weltkarte „LGBTI Rights in the World“.

#### **4. Relaunch der Website der Hirschfeld-Eddy-Stiftung**

Nachdem im vergangenen Jahr die LSVD Webseite grundlegend überarbeitet worden war, schloss sich daran ein Relaunch der HES-Website an. Das von der Agentur Scholz&Friends pro bono entwickelte neue Layout und der neue Slogan der Hirschfeld-Eddy-Stiftung „Wir haben etwas gegen Homo- und Transphobie: Die Menschenrechte“ steht im Zentrum der neuen Webseite. Der prägnante Satz kennzeichnet die Bedeutung der Menschenrechte für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) und zugleich den Fokus der Arbeit der 2007 gegründeten Menschenrechtsstiftung des LSVD.

Die Demonstrationsschilder als Key-Visual für die Hirschfeld-Eddy-Stiftung verdeutlichen, dass der Kampf um die Anerkennung und die Verteidigung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender in der Öffentlichkeit geführt werden muss. Die neue Webseite der Hirschfeld-Eddy-Stiftung zeigt die Demonstrationsschilder mit kurzen provokanten Slogans, die zum Nachdenken, zum Anklicken und Weiterlesen anregen. Um eine lebendige und aktuelle Webseite zu haben, werden die Texte hinter den Schildern regelmäßig erneuert.

#### **5. Beratungsarbeit**

Weiterhin ist der Beratungsbedarf zum Familienstand „Lebenspartnerschaft“ sehr hoch. Fast alle Rechtsgebiete sind betroffen. Uns erreichen täglich zahlreiche Anfragen von Ratsuchenden, die sämtlich prompt und kompetent von Manfred Bruns und z. T. auch von der Geschäftsstelle beantwortet werden. Manfred Bruns begleitet als „Beistand“ auch weiterhin mehrere hundert Verfahren von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern, die sich gegen ihre Benachteiligungen wehren. Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben wir auf unserer Webseite eine vollständige Dokumentation der Rechtsprechung eingerichtet, die ständig aktualisiert wird.

Beratungsarbeit fand und findet im Projekt Regenbogenfamilien für interessierte Lesben und Schwule sowie Fachpersonal der Familienverbände statt. Auch im Projekt „Homosexualität und Familien“ findet Beratung für Fachpersonal der Ehe-, Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung sowie für heterosexuelle Angehörige von Homosexuellen statt.

#### **6. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Im Hauptstadtbüro ist weiterhin Markus Ulrich für Assistenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (10 Stunden) sowie Unterstützung der Pressearbeit der LSVD-Landesverbände (10 Stunden) angestellt. Seit 1. November 2012 ist Markus Ulrich zudem mit 20 Stunden pro Woche als Koordinator zur Unterstützung der LSVD-Landesverbände angestellt. Weiterhin arbeiten in der Pressestelle auch Franka Braun mit einer halben Stelle Öffentlichkeitsarbeit sowie

Renate Rampf als LSVD-Pressesprecherin und Leiterin des Hauptstadtbüros. Ilka Borchardt leitet seit Juli 2011 in der Kölner Bundesgeschäftsstelle das vom BMFSFJ geförderte LSVD-Projekt „Homosexualität und Familien. Eine Herausforderung für familienbezogenes Fachpersonal“, stellvertretender Projektleiter ist seit 1. Oktober 2012 Heiko Reinhold. Sandra Ramolla ist weiterhin als Finanzreferentin bei uns beschäftigt, und seit 15. November 2012 verstärkt Sue Winter als Bürokraft mit einer halben Stelle unser Team. Elke Jansen leitet das Projekt „Regenbogenfamilien“, und Klaus Jetz ist Geschäftsführer des LSVD-Bundesverbandes und seiner Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

### ***Umzug der Bundesgeschäftsstelle***

Ende Februar ist die Bundesgeschäftsstelle umgezogen. Nach 18 Jahren in der Kölner Pipinstraße am Heumarkt zog das Büro um in die Hülchrather Str. 4 in 50670 Köln im Agnesviertel (Nähe Ebertplatz). Der Umzug war ein Kraftakt und ist ohne Probleme über die Bühne gegangen, auch die Technik funktionierte nach wenigen Tagen schon wieder. Der LSVD verfügt nunmehr über attraktive Büroräume mit Versammlungsraum, in dem Abendveranstaltungen und größere Treffen stattfinden können. Das Hauptstadtbüro wird voraussichtlich im Laufe des Jahres umziehen.

### ***7. Organisationsentwicklung***

Ständig zunehmende neue Betätigungsfelder und Aufgabentiefe in unserer Verbandsarbeit führten in den letzten Jahren zunehmend zu einer, die ehrenamtlichen Strukturen und MitarbeiterInnen überfordernden Situation. Dazu kam seit 2007 die Arbeit für unsere LGBTIQ-Menschenrechtsstiftung. Das führte zu einer belastenden Arbeitssituation für EhrenamtlerInnen und MitarbeiterInnen. Die renommierte Unternehmensberatungsfirma AT Kearney hatte sich angeboten - vollkommen kostenlos - hier eine Struktur- und Organisationsberatung zur Lösung dieser Situation zu erarbeiten. Aus der positiven Erfahrung mit der unternehmensinternen Diversity-Gruppe, GILFA, und anderen Projekten mit großen Verbänden, ist AT Kearney dabei mit hoher Expertise und großem Engagement zusammen mit einer Arbeitsgruppe aus dem BuVo, unter Leitung von Axel Hochrein, an die Problemlösung gegangen. So entstand ein Konzept zur Professionalisierung und Optimierung der Arbeitsteilung und internen Verbandskommunikation. Im Mittelpunkt des Konzeptes steht eine Ressortlösung, die zukünftig die Zuständigkeiten im Bundesvorstand neu ordnet und die Arbeitsabläufe strukturiert. Auch die Schnittstellen von Ehrenamt zu den Hauptamtlichen werden neu organisiert. Die vollkommene Umsetzung wird bis September 2014 erfolgt sein. Dieser Prozess wird weiterhin von AT Kearney betreut. Der besondere Dank gilt Mark Page, Konrad Steiner und Alexander Hunziger von AT Kearney für diese erfolgreiche pro bono Arbeit.

### ***8. Projektarbeit***

In der Trägerschaft des Familien- und Sozialvereins des LSVD werden Projekte im Bereich der Familienarbeit durchgeführt.

#### ***8.1. LSVD-Projekt Regenbogenfamilien***

Das LSVD Projekt „Regenbogenfamilien“ wird von Elke Jansen geleitet. Sie setzt sich im Rahmen des Projektes seit 2002 bundesweit erfolgreich für die Verbesserung der persönlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien ein. Die Bandbreite der projektinternen Angebote reicht von einem bundesweiten Beratungsangebot für Regenbogenfamilien und Fachleute, über Veröffentlichungen und Pressearbeit bis hin zu Vorträgen und (Fach-)Veranstaltungen ([www.family.lsvd.de](http://www.family.lsvd.de)).

#### ***Beratungsarbeit***

In den vergangenen zwölf Monaten wurden unverändert in diesem Rahmen ca. 100

persönliche oder telefonische Beratungsgespräche geführt und ca. 500 Emailanfragen (family@lsvd.de) beantwortet, jede zehnte Anfrage kam von Fachleuten, wie z.B. Mitarbeiter/innen von Familienberatungsstellen, Jugendämtern, Lehrer/innen, Politiker/innen und Medienvertreter/innen. Mit der Unterstützung von Manfred Bruns wurden auch 2013 in verschiedenen strittigen Fällen lesbische Mütter bei Stiefkindadoptionen und in Fragen des Sorgerechts unterstützt.

### **Internetauftritt, Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen**

Seit 2006 stellt sich das Projekt ([www.family.lsvd.de](http://www.family.lsvd.de)) im Internet umfangreich und zweisprachig (deutsch/englisch) dar. Hier können alle Informationen rund um die Themen Familienplanungen, Familienalltag und rechtliche Situation von Regenbogenfamilien abgerufen werden. Die Seite wurde auch 2013 aktualisiert.

Das Ilse-Forum, das 2007 eingerichtet wurde, hatte in den vergangenen 12 Monaten einen Zuwachs von ca. 3.000 Mitgliedern (März 2013: 5.104 Mitglieder) und es wurden pro Tag durchschnittlich zwei neue Beiträge eingestellt. Die Ilse Regionalgruppen sind bei 32 geblieben.

Wie schon in den Vorjahren gab es auch 2013/2014 Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen des Projektes. Vorträge über Regenbogenfamilien wurden bundesweit durchgeführt, z. B. für LSVD-Landesverbände, für schwul-lesbische Organisationen oder kommunale Gremien ebenso wie für Fachpublikum.

So wurde z. B. mehrfach Expertisen an die DAK Rheinland gegeben, die sich 2013 entschloss als Pilotprojekt erstmals „Kuren für Regenbogenfamilien“ anzubieten. Auch 2013 wurden wieder Fachleute in der Ausbildung und Fortbildung von Psychologinnen und Familienberaterinnen durch Vorträge über die Herausforderungen und Potentiale dieser neuen Familienform informiert und sensibilisiert, so z. B. im Rahmen von Veranstaltungen der Evangelische Kirche im Rheinland, der Universität Bonn oder einer Fachtagung an der Universität Zürich.

2013 wurde erstmals zwei LSVD Seminare für Regenbogenfamilien durchgeführt. Das zehnte wurde vom LSVD Baden-Württemberg mit Unterstützung des Landesministeriums für Arbeit- und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren im Oktober 2013 in Stuttgart durchgeführt und war mit dem Besuch von 165 lesbischen Müttern, schwulen Vätern und ihren größtenteils schon jugendlichen Kindern ein großer Erfolg. Das elfte LSVD Familienseminar wurde einen Monat später in Berlin durchgeführt, zum fünften Mal in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der erste Beratungsführer für Regenbogenfamilien und familienorientiertes Fachpersonal, den wir 2007 im Projekt geschrieben und veröffentlicht haben, war Ende 2011 vollständig vergriffen. In der 2013 konnte der - dank der Förderung durch das BMFSFJ – vollständig überarbeitet werden. Mit einer Auflage von 5.000 Stück ist er gerade aus dem Druck.

Ein wesentliches Kernstück der Arbeit des Projektes stellte in den vergangenen 12 Monaten die Mittelakquise, Planung, Vorbereitung und Organisation der Europäischen Konferenz für Regenbogenfamilien „Different Families – Same Schools“ (01.-04. Mai 2014) in Köln dar. Der LSVD führt die Konferenz in Zusammenarbeit mit der Nelfa ( Network of European LGBT Families Associations, [www.nelfa.org](http://www.nelfa.org) ) und der Friedrich -Ebert- Stiftung (FES) durch mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es ist die dritte Europäische Konferenz für Regenbogenfamilien, die im Zweijahresrhythmus von NELFA initiiert wurde. Die erste fand 2009 in Paris statt und die zweite 2012 in Spanien. Die diesjährige Konferenz in Deutschland wird ca. 200 lesbische Mütter, schwule Väter und Fachleuten sowie bis zu 100 Kindern aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenbringen um sich zu bildungspolitischen und persönlichen Erfahrungen mit schulischen Herausforderungen und anderen aktuellen Brennpunkten des ihres Familienalltags auszutauschen. Die Konferenz ist zweisprachig (Deutsch & Englisch, inkl. Übersetzung) ausgerichtet. Die Anmeldungen sind gut angelaufen.

Weiter Informationen zur Konferenz finden sich auf der Konferenzhomepage, die 2013 dank der finanziellen Unterstützung des LSVD NRW neu eingerichtet werden konnte:

[www.nelfa.lsvd.de](http://www.nelfa.lsvd.de).

Der LSVD setzt auch in diesem Jahr mit einem Familienfest zum „International Family Equality Day“ ein Zeichen für die weltweite Solidarität aller Regenbogenfamilien, für ihre Stärkung und Gleichstellung. Das Fest findet am 3. Mai 2014 im Rahmen der Konferenz in Köln im Odysseum statt. Ergänzt wird dieses Fest durch regionale Aktivitäten von Ilse Gruppe, wie z. B. in München.

### **Lobbying**

Die politische Arbeit des Projektes stand 2013 im Zeichen der Bundestagswahl und der Unterstützung bei der Umsetzung bundeslandbezogener Aktionspläne für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Neben Fachbeiträgen bei Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz wurde z. B. in NRW vorrangig durch Mitarbeit in der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Regenbogenfamilien“ ergänzt durch Stellungnahme bei Anhörungen im Landtag und Gesprächen mit Landesjugendämtern Themen diskutiert und nachdrücklich angesprochen wie gleichgeschlechtliche Paare als Pflegertern, Problemlagen und Verbesserungsmöglichkeiten bei Stiefkindadoptionen gemeinsamer Wunschkinder in Eingetragenen Lebenspartnerschaften und reproduktionsmedizinische Unterstützung bei unerfülltem Kinderwunsch gleichgeschlechtlicher Paare.

### **8.2. Homosexualität und Familien**

Das vom BMFSFJ geförderte Projekt startete im Sommer 2011 und endet im Sommer 2014. Es richtet sich an die klassischen Strukturen der Familienberatung und Familienbildung und sensibilisiert für das Thema Homosexualität und Familie. Die drei inhaltlichen Schwerpunkte sind spätes Coming out, Großelternschaft in Regenbogenfamilien und Homosexualität in Migrationsfamilien. Die Projektleitung bestreiten Ilka Borchardt und Heiko Reinhold. Ansprechpartner im Vorstand sind u.a. Eva Henkel und Martin Pfarr.

### **Fortbildungen**

Im Berichtszeitraum waren 18 Fortbildungen mit verschiedenen regionalen und bundesweiten Kooperationspartnern geplant. An den Veranstaltungen nahmen insgesamt 202 Fachleute und angehende Fachleute der Sozialen Arbeit teil. Von den geplanten Veranstaltungen mussten sechs kurzfristig abgesagt werden, da die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht wurde. Das Projektteam hatte sich bereits früher mit dem Beirat aus didaktischen Gründen und zur Schonung der Projektressourcen auf eine Mindestteilnehmerzahl von acht Personen geeinigt.

Die durchgeführten Fortbildungen fanden in Baden-Württemberg, Nordrhein- Westfalen und Rheinland-Pfalz, als teaminterne oder trägerübergreifende Veranstaltungen statt. Wieder konnte der schon bekannte Schneeballeffekt der Werbung beobachtet werden: Teilnehmende früherer Veranstaltungen berichteten in ihren Teams von unseren Fortbildungen, woraus sich weitere Kooperationen und Anfragen ergaben. Leider konnten in Anbetracht der zuvor vereinbarten Termine nicht alle Anfragen positiv beantwortet werden. Manche Termine wurden auf das Jahr 2014 verschoben, mit Kostenübernahme durch die einladenden Kooperationspartner.

Die Fortbildungen fanden mit wenigen Ausnahmen (wie zeitliche Überschneidungen) weiterhin unter Beteiligung der Projektleitung und der stellvertretenden Projektleitung statt. Die paritätische Besetzung des Teams wurde von den meisten Teilnehmenden als Pluspunkt betont, da sie geschlechterspezifische Erfahrungen einbrachte, sowie die jeweiligen persönlichen Expertisen des Projektteams.

Besonders hervorzuheben sind zwei mehrtägige Veranstaltungen: mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung (dajeb) konnte dank der Vermittlung von Hr. Groeneveld als Beiratsmitglied im Dezember 2013 eine zweitägige Fortbildung mit bundesweiten Teilnehmenden angeboten werden. Im November 2013 wurde an der

Fachhochschule Bielefeld dank der Vermittlung von Prof. Dr. Erika Schulze (ebenfalls Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat) ein dreitägiges Blockseminar durchgeführt. Beide Veranstaltungen ermöglichten erstmalig die Verbindung aller drei Projektthemen (Spätes Coming-out, Großeltern in Regenbogenfamilien und Migrationsfamilien). Insbesondere das Blockseminar an der FH Bielefeld diente der Erprobung des Moduls für Fachhochschulen, dass im letzten Projekthalbjahr auf der Internetseite veröffentlicht wird.

### ***Öffentlichkeitsarbeit und Handbuch***

Der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit lag auf der Erstellung des Handbuchs für Fachpersonal. Für das Handbuch konnten Prof. Dr. Ulrike Schmauch und Prof. Dr. Melanie C. Steffens als Ko-Autorinnen gewonnen werden. Das Handbuch umfasst 148 Seiten und wurde in einer Auflage von 5.000 Exemplaren gedruckt. Es enthält neben Fachwissen und Informationen aus der Forschung auch Übungen zur Selbstreflexion der Leserinnen und Leser und zum direkten Einsatz in den eigenen Praxis-Teams. Dem Handbuch vorangestellt wurde ein Grußwort der Familienministerin.

### ***Internetseite***

So wie auch im Handbuch sollten die Fortbildungsmaterialien auch im Internet dem Fachpublikum zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grund wurde ein didaktisches Konzept für die Internetseite <http://homosexualitaet-familien.de/> notwendig, das sowohl die Fachinformationen als auch in übersichtlicher und gebündelter Form die Fortbildungsunterlagen anbietet. Dieses Konzept wurde im Dezember 2013 in Zusammenarbeit mit der Webadministratorin entworfen und von ihr ausgearbeitet. Im Berichtszeitraum lag der auf der Webseite sichtbare Schwerpunkt auf der Aktualisierung der Termine, der Kooperationspartner und der Literaturlisten.

Zudem wurden die Inputs aus den Fortbildungen (in Form der Texte aus dem Handbuch) webtauglich, d.h. in kurzer, relativ leicht erfassbarer Sprache, bearbeitet. Alle Materialien wurden und werden sukzessive auf der Internetseite veröffentlicht. Die Fortbildungsunterlagen im Sinne der Übungen werden darüber hinaus in einheitlichem Layout und mit didaktischen Hinweisen zum Download angeboten.

### ***Studie***

Im Handbuch für Fachpersonal wird ein erster Artikel über die Ergebnisse der Studie Umgangsweisen mit einem Späten Coming-out von Prof. Steffens und Dr. Janine Dieckmann gedruckt. Dieser Artikel befasst sich mit einem überblicksartigen Vergleich aller befragten Angehörigengruppen und ausführlicher mit den befragten Partnerinnen und Partnern spät geouteter Menschen.

Im weiteren Verlauf der Projektarbeit werden auf der Internetseite weitere Kapitel zu anderen Angehörigengruppen erscheinen.

### ***Mehr Regenbogenkompetenz in der Familienarbeit***

Am 20. März 2014 präsentierte das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte LSVD-Modellprojekt „Homosexualität und Familie - eine Herausforderung für familienbezogenes Fachpersonal“ in Berlin die Ergebnisse seiner dreijährigen Arbeit.

In ihrem Grußwort lobte die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig das LSVD-Projekt als Impulsgeber: Die dreijährige Arbeit habe dazu beigetragen, die „Regenbogenkompetenz“ um die Perspektive der Angehörigen und Fachkräfte zu erweitern. „Ich möchte gerne in einer Welt leben, in der sich niemand mehr für die sexuelle Orientierung seiner Kinder oder Enkelkinder rechtfertigen muss. Eine tolerante und weltoffene Gesellschaft lässt sich nicht durch Gesetze verordnen. Sie entsteht durch den aktiven Abbau von Vorurteilen, durch das

Erlernen eines selbstbewussten Umgangs mit dem vermeintlich anders sein. Sie entsteht durch das Miteinander von Menschen, das Sie alle ganz konkret gestalten.“

„Homosexualität und Familie umfasst eine große Bandbreite sozialer Erfahrungen“, erläuterte Eva Henkel vom LSVD-Bundesvorstand. „Den komplexen Anforderungen steht aber allzu oft eine eindimensionale und zum Teil stereotypisierende Wahrnehmung in der Beratungssituation gegenüber. Noch ist die Regenbogenkompetenz in der Sozialen Arbeit auf wenige Expertinnen und Experten beschränkt. Es muss darum gehen, Regenbogenkompetenz als selbstverständlichen Teil der Professionalität zu etablieren.“

Wie die Herausforderungen für die Familienarbeit aufgefangen werden können, zeigt das vom LSVD herausgegebene Handbuch „Homosexualität in der Familie“, das Fragestellungen und Lösungsvorschläge in origineller und praxisorientierter Form für die Familienbildung und Familienberatung aufbereitet. Das Projektteam, Ilka Borchardt (LSVD) und Heiko Reinhold (LSVD), berichtete über die Erfahrungen aus der Projektarbeit mit den Fachkräften.

Dr. Janine Dieckmann von der Universität Jena stellte die erste wissenschaftliche Studie zum Späten Coming-out in der Familie vor. Auch ihre auf der Befragung von Angehörigen basierenden Ergebnisse verweisen deutlich auf die Notwendigkeit, die Unterstützungsangebote auszuweiten. Homosexualität und Familie ist nicht nur eine Herausforderung. Die Podiumsdiskussion mit Gudrun Zollner (MdB), Wolfgang Barth (AWO) und Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Paare) ließ keinen Zweifel daran, dass die beiden Themen auch gut zusammen passen. Der vom LSVD durchgeführte Fachtag hat gezeigt, was Familienberatung und Familienpolitik dazu beitragen können.

## **9. LSVD Webmaster und Beauftragte**

Benjamin Rottmann betreut auch weiterhin ehrenamtlich unseren Webauftritt. Zudem ist er seit Herbst auch unser Datenschutzbeauftragter und Koordinator für die technische Infrastruktur der beiden LSVD Geschäftsstellen. Das bedeutet, dass Benjamin beiden Geschäftsstellen seine Expertise zur Verfügung stellt. Er vereinbarte Besuche in Köln und Berlin, um eine Bestandsaufnahme der jeweils vorhandenen Ausstattungen vorzunehmen, zudem beriet er Klaus und Renate bei den notwendigen Anschaffungen im Rahmen der Umzüge.

## **10. Bund-Länder-Treffen 2013**

Das Bund-Länder-Treffen 2013 des LSVD fand am 19./20.10.2013 in Hannover statt. Fast alle Landesverbände waren vertreten, zum Teil wurden von ihnen ausführliche schriftliche Berichte vorgelegt. Themen des BLT 2013 waren Mitgliederwerbung, -bindung und –aktivierung, strategische Schwerpunkte des Bundesverbandes in 2014, Aktionspläne für Vielfalt in den Bundesländern, die Bund-Länder-Koordination sowie die CSDs 2014. Seitens des Bundesvorstandes nahmen teil Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Eva Henkel, Uta Kehr, Martin Pfarr, Hasso Müller-Kittkau und Tobias Zimmermann.

## **11. Bund-Länder-Koordination**

Seit November 2012 ist Markus Ulrich mit insgesamt einer Dreiviertelstelle für die Bund-Länder-Koordination im LSVD zuständig. Ziel der Stelle ist die Stärkung und Entlastung der ehrenamtlich tätigen Landesverbände sowie die Unterstützung des Austauschs zwischen den Landesverbänden aber auch zwischen Bundesverband und Landesverbänden. Auf dem Bund-Länder-Treffen haben die Landesverbände ihre Zufriedenheit mit der Stelle deutlich gemacht. Zu den regelmäßigen Tätigkeiten von Markus gehören die Organisation und Begleitung von Veranstaltungen, das Erstellen von Pressemeldungen, Newslettern sowie Artikeln für bLog und respekt sowie die Aktualisierung von Homepages einzelner Landesverbände. Dabei wird er vom Bundesgeschäftsführer und der Bundesgeschäftsstelle, der für das jeweilige Bundesland zuständigen Person im Bundesvorstand und von Renate Rampf beraten und unterstützt.



## **LSVD-Aktionsfond**

Aus dem Topf des LSVD-Aktionsfonds wurden seit April 2013 folgende Projekte und Anschaffungen unterstützt: erstes Regenbogenfamilienseminar des LSVD Baden-Württemberg in Stuttgart, Veranstaltung des ersten CSD in Chemnitz durch den LSVD Sachsen, die Eröffnung einer neuen Geschäftsstelle des LSVD Sachsen-Anhalt mit barrierefreien Räumen, Anschaffung eines Laptops sowie die Erstellung einer neuen Internetseite des LSVD Hamburg, Honorarstelle des LSVD Niedersachsen-Bremen, Beamer und Roll-up für Vortragsveranstaltungen des LSVD Sachsen-Anhalt sowie die Veranstaltung „Unter Männern – Schwul in der DDR“ des LSVD Thüringen zur Geschichte von Lesben und Schwulen .

### **12. CSD-Veranstaltungen 2013**

Der LSVD hat auch im vergangenen Jahr an mehreren CSDs und Straßenfesten zwischen Hamburg und München, Köln und Berlin teilgenommen. In Magdeburg und Chemnitz sind die LSVD-Landesverbände Veranstalter, in Saarbrücken organisiert das Team des LSVD Saar, auch Bundes- und Landesvorstandsmitglied Hasso Müller-Kittnau seit vielen Jahren den CSD. Der LSVD Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam organisiert mit seinen Mitgliedsvereinen die CSDs in Mecklenburg-Vorpommern. Beim Kölner CSD und dem Berliner Straßenfest waren der LSVD und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Infoständen vertreten. Dort engagierten sich mehrere Bundesvorstandsmitglieder, etwa Axel Blumenthal, Axel Hochrein, Eva Henkel, Martin Pfarr, Günter Dworek, Uta Kehr, Helmut Metzner und Tobias Zimmermann.

### **13. Verleihung des Augspurg-Heymann-Preises an Susanne Baer**

Am 30. Juni wurde der Richterin am Bundesverfassungsgericht Frau Prof. Dr. Susanne Baer der Augspurg-Heymann-Preis für couragierte Lesben der LAG Lesben NRW verliehen. Renate Rampf hielt die Laudatio auf die Preisträgerin und würdigte ihr Engagement als Wissenschaftlerin und Bundesverfassungsrichterin, die sich engagiert für Gleichstellung und Antidiskriminierung von lesbischen Frauen in der Rechtswissenschaft einsetzt.

### **14. Lobbyarbeit**

#### **Lebenspartnerschaftsrecht – „Ehe für alle jetzt!“**

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir viel Arbeit und Energie darauf verwendet, dem Ziel der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften näher zu kommen. Zudem standen die Themen der weiteren rechtlichen Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Mittelpunkt unserer Lobbyarbeit. Auch leistet der LSVD Aufklärungs- und Beratungsarbeit zum Thema, etwa auf seiner Homepage, per E-Mail, telefonisch oder in seiner Mitgliederzeitschrift respekt!

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrere für uns positive Entscheidungen gefällt, die den Gesetzgeber unter Druck setzen und auffordern, bestehende rechtliche Benachteiligungen zu beenden. Dennoch ist die Mehrheit in der CDU nicht gewillt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und entsprechende gesetzgeberische Schritte in die Wege zu leiten. 2013 haben wir viel erreicht. Die Mehrheit in der Bevölkerung ist längst für die gleichgeschlechtliche Ehe. Erstmals hat sich auch ein Verfassungsorgan für die Öffnung der Ehe ausgesprochen. Der Bundesrat folgte dabei unserer Argumentation, dass durch die einfachgesetzliche Änderung von § 1353 im BGB die Ehe für Lesben und Schwule ermöglicht werden kann. Zwei Bundesverfassungsgerichtsurteile zur Sukzessivadoption und Einkommensteuer haben ebenfalls deutlich gemacht, dass eine Ungleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Mit dem Urteil zur einkommenssteuerrechtlichen Gleichstellung ging ein 13jähriger Kampf zu Ende, den wir vom LSVD begleitet und geführt haben. Doch da Regierung und Finanzministerium mit der



Umsetzung des Urteils bis heute überfordert sind, unterstützen wir seit dem unzählige Paare und verhelfen ihnen zur Gerechtigkeit.

### **Bundestagswahl 2013**

Im Juni führte der LSVD unter dem Motto „Ehe für alle jetzt!“ mit einer gut besuchten Podiumsdiskussion eine Befragung der Parteispitzen zur Bundestagswahl durch. Daran nahmen prominente Vertreterinnen und Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie die Piratenpartei teil. Moderiert wurde die Veranstaltung von Axel Hochrein. Zudem nahm Helmut Metzner am 6. Juni 2013 für den LSVD teil an der TV-Phönix-Runde „Splitting für alle – Ist die Gesellschaft bereit?“

Im Juli veröffentlichte der LSVD dann die Antworten der Parteien auf unsere Prüfsteine zur Bundestagswahl, die der Verbandstag im April 2013 verabschiedet hatte. Zehn Wahlprüfsteine hatten wir an die Parteien geschickt. Die Antworten der Parteispitzen zeigten deutliche Unterschiede: bei der Antidiskriminierungspolitik wie bei der Arbeit gegen Homosexuellenfeindlichkeit. Wir hatten die Parteienantworten ausgewertet und in einer anschaulichen und übersichtlichen Grafik zusammengestellt. Es wurde deutlich, dass es eine parlamentarische Mehrheit für die Öffnung der Ehe und für das gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gibt. Der LSVD rief alle Wahlberechtigten auf, ihre Stimme nur den Parteien und Personen zu geben, die für eine vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgender eintreten.

Unsere Fragen konzentrierten sich auf die Themen Eheöffnung, Familiengründung, Nichtdiskriminierung, Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz, Bildung, Menschenrechte in der Außen- und Entwicklungspolitik, Trans- und Intersexuelle sowie Rehabilitierung der Opfer der § 175 StGB bzw. § 151 StGB DDR.

Darüber hinaus veröffentlichte der LSVD im August eine Auswertung der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen der 17. Wahlperiode zu Fragen der Gleichstellung von Homosexuellen. Wenn Abgeordnete über die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft, die Öffnung der Ehe und das Adoptionsrecht abstimmen, fällen sie sehr gewichtige Entscheidungen. Das Abstimmungsverhalten hat unmittelbare Auswirkung auf die persönliche Lebenssituation von Lesben und Schwulen. Daher war es nur recht und billig, auch Bilanz zu ziehen, wer wie persönlich abgestimmt hat. An den Taten sollten die Abgeordneten beurteilt werden.

Der LSVD hatte die Ergebnisse dieser namentlichen Abstimmungen zusammengetragen und aufgeschlüsselt. Von A-Z wurden alle aufgeführt: Die LSVD-Liste zeigte ganz genau, wie sich jede/jeder Abgeordnete bei den Abstimmungen verhalten hat. Jede Wählerin, jeder Wähler konnte mit der LSVD-Liste die Bilanz prüfen. Es fanden sich die Namen derer, die verlässlich für Gleichstellung eintraten und auch die Namen derer, die immer wieder für die Fortsetzung der rechtlichen Diskriminierung gestimmt hatten.

Vor der Bundestagswahl rief dann der LSVD dazu auf, beide Stimmen für gleiche Rechte abzugeben und Diskriminierung abzuwählen. Konkret rief der LSVD dazu auf, Parteien zu wählen, die sich für eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft engagieren, an der Wahl teilzunehmen und die Stimme abzugeben für die Gleichberechtigung von LSBTI in Deutschland. Die Ergebnisse unserer Parteienbefragung hatten die klaren Unterschiede zwischen den Parteien deutlich gemacht, egal ob es um die Öffnung der Ehe geht, Aktionspläne gegen Homophobie oder das Engagement für Regenbogenfamilien geht.

Anfang November 2013 forderte der LSVD die Parteivorsitzenden von Union und SPD, die Gewinner der Wahlen, auf, in den Koalitionsverhandlungen eine Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen festzuschreiben. Die Unterschiede waren deutlich: Die Union blieb bei ihrer Blockade-Haltung, die SPD forderte die Öffnung der Ehe und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Deshalb hat der LSVD erneut an die Vorsitzenden der Union, Angela Merkel und Horst Seehofer sowie

Sigmar Gabriel von der SPD geschrieben. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Gleichstellung in sechs Entscheidungen festgeschrieben. Sie wird auch von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bejaht. Deshalb dürfe die große Koalition nicht die alte, überholte Diskriminierungspolitik fortsetzen. Sie trage die Verantwortung für gleiche Bürgerrechte für Lesben, Schwule, Transgender und Intersexuelle in Deutschland. Eine deutsche Bundesregierung müsse darüber hinaus auch das Menschenrecht der sexuellen Orientierung und Geschlechts-Identität weltweit verteidigen und fördern. „Es wäre ein schlechtes Omen für eine „Große Koalition“, wenn sie kleinkariert verfassungswidrige Ungleichbehandlung fortschreibt. Denn alles andere als Gleichstellung ist und bleibt Diskriminierung“, hieß es in unserem Brief.

Ende November 2013 forderten wir dann angesichts der drohenden Festschreibung der Diskriminierung im Koalitionsvertrag die Öffnung der Ehe einschließlich des Adoptionsrechts, ein Verbot der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität auch im Grundgesetz, einen umfassenden Aktionsplan für Respekt und Gleichbehandlung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen. Ebenso eine klare Position gegen die aufflammende Homo- und Transphobie im Osten Europas und anderen Teilen der Welt sowie die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer menschenrechtswidriger Strafverfolgung in Deutschland. Mit einer LSVD-Kundgebung am Ort der Koalitionsverhandlungen vor der SPD-Parteizentrale unterstrichen wir unsere Forderungen.

Vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wurden wir enttäuscht. Die zentralen politischen Anliegen wie die Ergänzung des Grundgesetzes, die Öffnung der Ehe, die Forderung nach vollständiger Rehabilitierung der in Deutschland verfolgten Homosexuellen fanden in dem Koalitionsvertrag keine Erwähnung. Es gab lediglich die Ankündigung minimaler Fortschritte. Die Formulierungen zur Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften sind so widersprüchlich, dass jeder und jede daraus etwas anderes lesen kann. Das wirkte angesichts der grundsätzlichen Blockadehaltung der Union schon wie ein Erfolg. Die Koalition hat sich einer passiven Haltung verschrieben und überlässt die Arbeit dem Bundesverfassungsgericht. Ein gemeinsames Adoptionsrecht wird abgelehnt, allein eine Passage zur Regelung der Sukzessivadoption ist aufgenommen worden, dazu war die Bundesregierung jedoch ohnehin verpflichtet.

Der LSVD begrüßte jedoch, dass der ‚Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz‘ um das Thema Homo- und Transphobie erweitert werden soll und die Tatsache, dass die Rechte intersexueller Menschen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Insgesamt schreibt aber der Koalitionsvertrag die grundlegende rechtliche, gesellschaftliche und symbolische Ungleichbehandlung fort. Deutschland fällt damit hinter die Entwicklungen zurück, die sich in vielen westeuropäischen Staaten und den USA zeigen.

### **Adoptionsrecht**

Der Bundestag beriet im März 2014 in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption sowie die von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Gesetzentwürfe zum gemeinsamen Adoptionsrecht und zum Europäischen Übereinkommen über die Adoption. Der LSVD forderte einmal mehr Rechtsklarheit im Adoptionsrecht. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen deutlich gemacht, dass die Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften verfassungswidrig ist. Und das gilt auch für das Adoptionsrecht: „Unterschiede zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft, welche die ungleiche Ausgestaltung der Adoptionsmöglichkeiten rechtfertigen könnten, bestehen nicht; insbesondere sind beide Partnerschaften gleichermaßen auf Dauer angelegt und rechtlich verfestigt“, heißt es in der Entscheidung, die die Regierung im März vorgab umzusetzen.

Tatsächlich ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung halbherzig und vollkommen unzureichend: Ehegatten sollen nur gemeinsam aber nicht einzeln und Lebenspartner nur

einzelnen und auch nacheinander aber nicht gemeinsam adoptieren können. Der LSVD verurteilte dieses Vorhaben als bürokratischen Unsinn, der nur dazu beiträgt, die verfassungswidrige Diskriminierung der Lebenspartnerschaft möglichst lange aufrecht zu erhalten.

Wir forderten die Abgeordneten des Bundestages auf, den Regierungsentwurf im Gesetzgebungsverfahren hin zur vollen Gleichstellung nachzubessern. Mit den Gesetzentwürfen der Fraktion der Grünen gibt es schon entsprechende Vorlagen im Parlament. Diese setzen das vom LSVD geforderte gemeinsame Adoptionsrecht um und liefern die Grundlagen zur längst fälligen Ratifizierung des aktuellen Europäischen Übereinkommens zur Adoption von 2008. Regenbogenfamilien brauchen ein gemeinsames Adoptionsrecht. Alles andere sind halbe Sachen, die auf Kosten der Kinder gehen.

### ***Rehabilitierung der nach 1945 verfolgten Homosexuellen***

Im Mai 2013 fand im Rechtsausschuss des Bundestages eine Anhörung statt zu den Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken zur gesetzlichen Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen bestraften Männer. Der LSVD forderte die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Rehabilitierung und Entschädigung nach dem Modell des NS-Aufhebungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Verfolgung der Homosexuellen bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein mit demselben Eifer fortgesetzt wie die Nationalsozialisten. Die bundesdeutschen Gerichte haben dieselben Strafvorschriften angewandt wie die NS-Gerichte und das in demselben Geist und zum Teil sogar von denselben Richtern. 50.000 Menschenrechtsverletzungen sind dokumentiert.

Die Gutachten der Sachverständigen Manfred Bruns, Dr. Günter Grau, Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz, Prof. Dr. Dr. Rüdiger Lautmann und Ulrich Keßler machten deutlich, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine Korrektur fordern. Der Bundesrat hatte einen entsprechenden Gesetzentwurf gefordert, und auch das Bundesverfassungsgericht hat sich klar von seinen Unrechtsurteilen distanziert. Die Bagatellisierung der Verfolgung durch einzelne Sachverständige ist zynisch. Die systematische Verfolgung der Homosexuellen in den fünfziger Jahren hatte eine ganz andere Qualität als etwa die Bestrafungen bei Ehebruch oder Kuppelei. Es geht hier nicht um einen gewandelten Zeitgeist, sondern um die Wiederherstellung des Rechtes, um die Korrektur eines kollektiven Versagens, um systematische Menschenrechtsverletzungen.

### ***Gespräch im Bundespräsidialamt***

Am 7. Mai 2013 fand ein Gespräch des LSVD mit Staatssekretär Gill im Bundespräsidialamt statt. Für den LSVD nahmen teil Annette Hecker, Uta Schwenke, Günter Dworek und Helmut Metzner. Themen des Gesprächs waren die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare, Regenbogenfamilien, Menschenrechte (LSVD und seine Menschenrechtsstiftung, die Hirschfeld-Eddy-Stiftung) sowie das Thema Rehabilitierung der nach § 175 Verurteilten. Zudem ging es um Beleidigungen von Lesben und Schwule in der seinerzeit aktuellen Gleichstellungsdebatte und die Massendemonstrationen in Frankreich. Besonders interessiert zeigten sich die Gesprächspartner bei dem Thema Besuch eines LGBT-Projektes bei Auslandsreisen.

### ***14. Antihomophobiearbeit***

Auch in den vergangenen Monaten hat der LSVD gegen homophobe Akteure und schwulen- und lesbenfeindliche Ausfälle protestiert.

### ***Bushido***

Im Juli 2013 forderte der LSVD in einem offenen Brief den Verleger Dr. Hubert Burda auf, die Verleihung des Preises für Integration an Bushido im Jahre 2011 öffentlich als Fehler

einzugestehen. Es kann nicht sein, dass jemand, der gegen Minderheiten hetzt und immer wieder zu Gewalttaten gegen Homosexuelle aufruft, sich mit einem Preis für gelungene Integration schmücken darf. Dr. Burda muss sich endlich öffentlich von der Fehlentscheidung von 2011 distanzieren und ebenso öffentlich gegen homosexuellenfeindliche und Gewalt verherrlichende Tendenzen bei Bushido und in der Gesellschaft Stellung beziehen.

Hetzparolen à la Bushido befeuern antihomosexuelle Gewalt. Sie befördern Mobbing, das insbesondere viele homosexuelle Jugendliche erfahren müssen. Wir appellieren an Dr. Burda, nun endlich ein Zeichen der Distanzierung von Bushido und der tätigen Reue zu setzen und als Wiedergutmachung z. B. ein schwul-lesbisches Jugend- oder Menschenrechtsprojekt zu unterstützen. In dem neuen Song „Stress ohne Grund“, der von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien heute zu Recht indiziert wurde, hetzte Bushido erneut in unerträglicher Weise gegen Homosexuelle und singt vom Mord an Politikerinnen und Politikern. Er setzte seine alte Hetze und Gewaltverherrlichung, die bei der Preisverleihung 2011 längst bekannt und gut dokumentiert war, bruchlos fort. Der LSVD stellte, neben anderen, Strafanzeige gegen Bushido.

### ***Homophobe Petitionen gegen Bildungsplan in Baden-Württemberg***

Im Januar 2014 protestierten der LSVD Baden-Württemberg und der LSVD Bundesverband gegen Rechtspopulisten und christliche Fundamentalisten, die eine Petition gegen den neuen Bildungsplan in Baden-Württemberg initiiert hatten, darin tobte sich anschließend der homosexuellenfeindliche Mob aus. Dennoch unterstützt die Landes-CDU die Proteste gegen den Bildungsplan. Auch die FDP fiel dabei Lesben und Schwulen in den Rücken. So äußerte der Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke, dass andere Lebensformen neben der Familie lediglich „tolerabel“ aber nicht gleichwertig seien. Die Landesregierung würde dem Thema Homosexualität einen zu großen Stellenwert zuschreiben. Dass die FDP Lesben und Schwulen die Gleichwertigkeit abspricht, ist unglaublich und legitimiert die Hetze im Zuge der Petition. Das ist ein Fall für Parteichef Lindner, er muss klären, ob die FDP eine Bürgerrechtspartei sein soll oder auf die rechtspopulistische Schiene setzt.

Der LSVD stellte wegen der volksverhetzenden Kommentare gegen Lesben und Schwule Strafanzeige gegen openPetition. Die Internetplattform hatte die Petition veröffentlicht, die sich gegen Pläne der baden-württembergischen Regierung richtete, das Thema Akzeptanz von Lesben und Schwulen in den Bildungsplan 2015 zu verankern. Diese Petition ist geprägt von Panikmache, Paranoia und Ablehnung von Lesben und Schwulen. In den dort veröffentlichten Kommentaren entlud sich eine erschreckende Feindlichkeit und zeigte sich die Brüchigkeit einer öffentlich beteuerten Toleranz und Liberalität. Einige der Kommentare waren nicht mehr vom Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt, sondern erfüllten den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Der Betreiber openPetition ist unserer Meinung nach verpflichtet, die Webseite laufend zu überwachen und neue volksverhetzende Kommentare sofort zu entfernen. Das tat der Betreiber nicht. Vielmehr wartete er ab, bis Besucherinnen und Besucher der Webseite an den Kommentaren Anstoß nehmen und sie zur Löschung melden. Bereits das ist eine Zumutung. Lesben und Schwule wurden dazu gezwungen, diese Kommentare zu durchforsten und Hassbotschaften zu lesen.

Aber selbst nach einer Meldung löschte der Betreiber die beanstandeten Kommentare meist nicht sofort, sondern erst nach mehrmaliger Mahnung. Die volksverhetzenden Kommentare standen längere Zeit auf der Webseite. Daher stellten wir Strafanzeige gegen den Betreiber OpenPetition gGmbH. Von der Staatsanwaltschaft haben wir noch keine weitere Nachricht über den Stand der Ermittlungen erhalten.

Anders die Situation im Saarland. Vier Jahre hatte der LSVD Saar die Überarbeitung der Richtlinien zur Sexualerziehung gefordert. 2013 wurden sie nach zweijähriger Arbeit einer Kommission, unter Beteiligung des LSVD Saar, einstimmig durch die Landesregierung

(CDU/SPD) verabschiedet. Sexuelle Vielfalt und Gleichwertigkeit von Homosexualität wird mehrfach betont, alle relevanten Organisationen haben die neuen Richtlinien begrüßt.

### ***Deutsche Bischofskonferenz***

Im Februar 2014 forderte der LSVD die Deutsche Bischofskonferenz auf, Stellung zu beziehen gegen Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transgender in Nigeria. Der Vorsitzende der nigerianische Bischofskonferenz Ignatius Kaigama hatte die Verschärfung des nigerianischen Antihomosexualitätsgesetzes als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. In seinem Brief an den nigerianischen Präsidenten behauptet er, das Gesetz schütze die Würde des Menschen und die Heiligkeit der Ehe als Verbindung von Mann und Frau. Seit der Unterzeichnung des Gesetzes durch den nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan gibt es regelrechte Hexenjagden auf Lesben, Schwule und Transgender. Unsere Partnerorganisationen berichten, dass die Polizei in den letzten Tagen rund 100 Homosexuelle verhaftete und folterte, Menschen gingen im Mob auf andere los, weil sie sie für homosexuell hielten.

Wir forderten die Deutsche Bischofskonferenz und ihre in Nigeria tätigen Hilfswerke auf, die unglaublichen Vorgänge in Nigeria klar zu verurteilen. Alle Menschen haben unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität das Recht auf Leben, Sicherheit und körperliche Unversehrtheit. Nur die Beachtung der Menschenrechte schützt die Würde des Menschen. Der LSVD wandte sich mit einem Brief an den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch und bat ihn um eine Stellungnahme und um ein Gespräch.

Als dann Kardinal John Onaiyekan aus Nigeria zu Gast bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischöfe eingeladen war, protestierte der LSVD gegen die Befürwortung der Verfolgung von Homosexuellen durch die nigerianischen Bischöfe. Kardinal John Onaiyekan, Erzbischof von Abuja in Nigeria, sollte die Situation der Christen im gemischt-religiösen Kontext seines Heimatlandes darlegen. Der LSVD protestierte dagegen, dass die Deutsche Katholische Bischofskonferenz einen Unterstützer schwerster Menschenrechtsverletzungen hofierte. Die Nigerianische Bischofskonferenz hatte im Februar 2014 die eklatante Verschärfung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen in ihrem Land als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. In Nigeria droht seitdem bei Eingehen einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft bis zu 14 Jahren Gefängnis. Bis zu zehn Jahre Haft stehen auf die Gründung und Unterstützung von Organisationen für Schwule und Lesben.

Wir forderten die deutschen Bischöfe auf, das den Menschenrechten Hohn sprechende homophobe Strafrecht in Nigeria eindeutig zu verurteilen, ebenso wie die Stellungnahme der Nigerianischen Bischofskonferenz sowie Gewaltaufrufe und Gewalttaten gegen Lesben und Schwule. Sie müssen ihrem nigerianischen Kollegen Kardinal Onaiyekan ins Gewissen reden, dass die Förderung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität selbst nach den Grundsätzen des Vatikans mit der katholischen Lehre unvereinbar ist. Wer hier schweigt, läßt Schuld auf sich.

Die Briefe an die Bischofskonferenz wurden bislang nicht beantwortet.

### ***Homophobe Auto-Vervollständigungen bei Google abschalten***

Im Februar 2014 forderte der LSVD Google auf, homophobe Auto-Vervollständigungen bei der Google-Suche abzuschalten. So werden beispielsweise bei der Suche nach „Schwule sind“ automatisch u.a. die Ergänzungen „krank“, „psychisch krank“, „ekelhaft“, „widerlich“ usw. angeboten. Deshalb haben wir Google mit Schreiben vom 28.01.2014 gebeten, diese volksverhetzenden Auto-Vervollständigungen zu unterbinden. Google betonte gegenüber dem LSVD, der Minderheitenschutz habe bei Google einen großen Stellenwert und das gelte ohne jede Einschränkung auch für die Minderheit der Homosexuellen. Man werde die beanstandeten Vervollständigungen prüfen und sie gegebenenfalls unterbinden.

In dem Gespräch haben wir uns mit Google geeinigt, dass bei den Wörtern „Schwule“, „Lesben“, „Homosexuelle“ usw. selbstverständlich nicht jede Auto-Vervollständigung unterbunden wird, sondern dass es, - entsprechend den Richtlinien von Google - um „Hassreden“ geht. Google hat uns gebeten, sie auf solche Auto-Vervollständigungen hinzuweisen.

### **15. Coming-out von Fußballnationalspieler Hitzlsperger**

Anfang des Jahres outete sich der ehemalige Fußball-Nationalspieler Thomas Hitzlsperger. Der LSVD begrüßte das Outing des ehemaligen Fußball-Nationalspielers Thomas Hitzlsperger als einen großartigen und sehr ermutigenden Schritt. Seine offenen Worte waren ein Volltreffer: Für uns das Tor des Monats! Das öffentliche Sprechen Hitzlspergers rüttelte an einem der größten Tabus im Profifußball. Es war ein sehr wichtiger Schritt, um die Diskussion zu beleben und wird für andere Fußballer von großer Bedeutung sein.

Der LSVD kämpft seit vielen Jahren auch im Sport gegen Vorurteile gegenüber Lesben und Schwulen im Sport. Mit Projekten und Kooperationen werben wir für Aufklärung im Breitensport. Das Coming-out eines Fußballstars wird den Kampf gegen Homophobie im Sport beleben.

### **16. Menschenrechtsarbeit**

#### **Russland**

Im Juni 2013 verabschiedete die russische Duma das Gesetz gegen die sogenannte „Propagierung“ von „nicht traditionellen sexuellen Verhältnissen“ verabschiedet. Der LSVD forderte, dass der kritische Verweis auf die Situation von Lesben, Schwulen und Transgender zum integralen Bestand jeglicher partnerschaftlicher Beziehungen mit Russland wird. Allein in Deutschland gibt es 91 Städte und 14 Bundesländer, die Städte- und Landespartnerschaften mit Russland haben. Russische Delegationen können in diesem Rahmen Lesben, Schwule und Transgender kennenlernen und feindliche Vorbehalte abbauen.

Das Gesetz verbietet de facto jegliche Unterstützung von Lesben, Schwulen und Transgender. Lesben, Schwule und Transgender sollen zurück in die gesellschaftliche Isolation und politische Unsichtbarkeit verschwinden. Jegliche Akzeptanzarbeit gegen die grassierende Homo- und Transphobie kann verfolgt werden. Schon die Ankündigung des Gesetzes ist vielerorts als Aufruf zu Gewalt und tödlichen Übergriffen verstanden worden. Wer in der Öffentlichkeit von Homosexualität spricht oder für Respekt gegenüber Transsexuellen wirbt, dem drohen in Zukunft Strafen von einer Million Rubel. Perfide ist auch die Umbenennung des Gesetzes, es heißt, das Verbot richte sich gegen die Propaganda von „nicht traditionellen sexuellen Verhältnissen“. Hier spricht der Staat von Propaganda und betreibt selber welche: Es wird unterstellt, dass Homosexualität die Familie bedroht. Tatsächlich ist es umgekehrt, Lesben, Schwule und Transgender müssen nun befürchten, von ihren Kindern getrennt und von ihren Familien verstoßen zu werden.

Russland hält sich nicht an europarechtliche Vereinbarungen und stellt sich selbst immer mehr ins demokratische Abseits. Die deutsche Politik und Öffentlichkeit dürfen das „Propagandaverbot“ nicht unwidersprochen hinnehmen und russische Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten im Stich lassen. Da alle bisherige Kritik und Proteste auf Regierungsebene und der Öffentlichkeit das russische Parlament und die Regierung unbeeindruckt gelassen haben, muss der Europarat nun die weitere Mitgliedschaft Russlands in Frage stellen. Regime, die Menschenrechte mit Füßen treten, haben in diesem Kreis nichts zu suchen.

## ***Vielfältige Aktionen zu Russland***

Mehrmals demonstrierten wir zusammen mit anderen Organisationen vor der russischen Botschaft in Berlin gegen die Rekriminalisierung von Lesben und Schwulen in Russland.

Im Dezember riefen LSVD und Hirschfeld-Eddy-Stiftung zur Demonstration vor der russischen Botschaft auf. Die Demonstration war Auftakt der Hilfskampagne „Aktion Zehn“ mit dem Musik Duo Peter Plate (Rosenstolz) und Carolina Bigge. Bei dieser Demonstration hatte das für die „Aktion Zehn“ extra komponierte Lied „Für Olga und Natascha“ Premiere und wurde von Peter Plate und Carolin Bigge live aufgeführt. Prominente VertreterInnen von Parteien und Quartiera sprachen auf der Kundgebung, für den LSVD war Axel Hochrein der Redner. Der Erlös aus dem Verkauf des Liedes geht an Community-Organisationen in Russland, mit denen die Hirschfeld-Eddy-Stiftung zusammen arbeitet. Einer der Hintergründe dieser Demonstration: gleichgeschlechtlichen Paaren sollen in Russland mit einem neuen Gesetz ihre Kinder weggenommen werden. Gleichzeitig häufen sich Berichte, über regelrechte Hetzjagden. Russische Lesben, Schwule und Transgender sind ihres Lebens nicht mehr sicher in Russland. Die Zustände erfordern internationales politisches Handeln, aber auch die Solidarität der deutschen Zivilgesellschaft.

Putin belog im Vorfeld der olympischen Spiele die Öffentlichkeit, als er die staatliche Verfolgung von Lesben, Schwulen und Transgender in Russland als Programm zum Jugendschutz verkaufte. Zusammen mit der orthodoxen Kirche versucht er, das Rad der Zeit zurück drehen und die LSBTI-Community zu zerschlagen und zu einem Leben im Untergrund zu verurteilen.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Olympiade in Sotschi führte das vom LSVD mit Unterstützung der Werbeagentur aperto initiierte Gay Folks Movement vielfältige Aktionen durch. Die Entwicklung, Beratung und Umsetzung von Seiten aperto erfolgte als pro bono Projekt. Mit hoher Professionalität wurde dabei eine für den LSVD und Hirschfeld-Eddy-Stiftung neuartige Kampagnenform entwickelt. Die intensive Nutzung der ganzen Bandbreite an social media, einer eigenen, englischsprachigen Kampagnen-Hompage und öffentliche Aufmerksamkeit erzeugende Key-Aktionen, darunter eine Light-Graffiti-Projektion auf das Gebäude der russischen Botschaft als medienwirksamen Auftakt zeichnen die Kampagne aus. Sie ist als internationale Dach-Kampagne gegen LSBTIQ-Menschenrechtsverletzungen gedacht, und soll der international stärker werdenden Koalition homophober Politik ein global abgestimmtes Netzwerk entgegen setzen. Während in Sotschi Präsident Putin die olympischen Winterspiele eröffnete, setzte Gay Folks Movement am Brandenburger Tor ein Zeichen gegen die Verfolgung von sexuellen Minderheiten durch die russische Staatsführung und Gesetzgebung.

Gay Folks Movement hat dabei prominente Unterstützung aus Politik und Kultur, die sich in Statements zur Kampagne und Reden während der Kundgebung vor der russische Botschaft zeigte, wo eine Schweigeminute abgehalten wurde. Der internationale Charakter dieser Kampagne zeigte sich, dass zeitgleich in Magdeburg, Luxemburg, Osnabrück, Seattle, Florida, Minnesota, Algerien, Kampala und Nairobi statt fanden. Besonders Tobias Zimmermann, Axel Hochrein und Helmut Metzner engagierten sich hier in den vergangenen Monaten.

Im Anschluss an die Demonstration vor der russischen Botschaft zogen die Demonstrierenden zur Entzündung der von der Initiative „Enough is Enough“ initiierten Rainbow Flame am Potsdamer Platz und unterstützten diese Aktion. Mit einem „Sotchi“-Freiheitsappell hat der LSVD zudem, unterstützt von vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, auf die Unterdrückung in Russland aufmerksam gemacht.



## ***Forum Menschenrechte***

Unsere Zusammenarbeit mit dem FMR und seinen Mitgliedsgruppen wurde auch in 2013/2014 weitergeführt. Der LSVD war wieder bei den Plenarsitzungen dabei und arbeitete in einigen der Arbeitsgruppen mit.

Zudem nahm Helmut Metzner im Berichtszeitraum für den LSVD an mehreren Menschenrechtsgesprächen teil, die vom Auswärtigen Amt oder der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wurden.

## ***ILGA***

Auch bei der ILGA Europa-Konferenz Ende Oktober 2013 in Zagreb war der LSVD vertreten. Zudem arbeitet er regelmäßig im Europa-Netzwerk des Dachverbandes mit, das sich auch zwei Mal im Jahr trifft. Klaus Jetz nimmt für den LSVD an den Treffen teil, bei denen Strategien für die Lobbyarbeit gegenüber den EU-Institutionen und dem Europarat diskutiert und festgelegt werden. Der LSVD leistete wichtige Überzeugungsarbeit für LSBTI-Themen auf europäischer Ebene gegenüber Bundestag und Bundesregierung. Auch mit ILGA World arbeitete der LSVD zusammen.

## ***Amsterdam-Netzwerk***

Im Oktober 2013 fand in Paris zum vierten Mal ein NGO Netzwerk-Treffen statt, bei dem wieder rund 20 Organisationen aus europäischen und nordamerikanischen Geberländern vertreten waren. Auch hier nahm Klaus Jetz für den LSVD teil. Hauptthemen waren der Informationsaustausch über die jeweiligen Förderprojekte und Kooperationspartner, die Situation in Russland und Subsahara-Afrika und die Reaktionen der Geberländer bzw. der EU und Nordamerikas sowie die Berlin Conference im Dezember.

## ***Berlin Conference***

Am 5. und 6. Dezember 2013 fand auf Initiative und Einladung des LSVD und mit Unterstützung des BMZ in Berlin die Konferenz „Increasing Support and Resources for LGBT Rights“ statt. Sie war eine Folgekonferenz des Stockholm-Treffens, das im Frühjahr 2010 stattfand. Die Konferenz, an der rund 70 Personen aus 21 Ländern teilnahmen, verstand sich als Arbeitstreffen für Vertreterinnen und Vertreter von NGOs, Stiftungen und Regierungen der Geberländer. Seither versteht sich der Stockholm-Berlin-Prozess als Austausch zwischen Akteuren aus verschiedenen Ländern mit dem Ziel die staatlichen und privaten Mittel für LGBT-Projekte im globalen Süden und Osteuropa zu erhöhen. Zudem soll diese Unterstützung besser koordiniert werden. In Berlin diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die seit 2010 gemachten Fortschritte, Hindernisse und Herausforderungen, Best Practice Beispiele in Bezug auf die Unterstützung von LGBT Menschenrechtsverteidigern und weitere Schritte, die eingeleitet und Empfehlungen, die umgesetzt werden sollen. Für den LSVD nahmen Klaus Jetz und Axel Hochrein an der Konferenz teil. Wichtige Informationen zum Thema lieferten fünf Aktivistinnen und Aktivisten aus Paraguay, Malawi, Ghana, Serbien und Moldawien, die zu der Konferenz eingeladen worden waren. Folgekonferenzen sollen im Herbst 2014 in Washington und 2015 in Brüssel stattfinden.

## ***Abu Nawas***

Im September 2013 traf der LSVD zwei junge Aktivisten der algerischen LGBT-Organisation Abu Nawas. Die Aktivisten hatten sich interessiert für die Fortschritte im Bereich rechtliche Gleichstellung und Akzeptanzarbeit in Deutschland. Wir organisierten für die Kollegen ein volles Besuchs- und Gesprächsprogramm in Berlin, etwa im Auswärtigen Amt oder dem Regenbogenfamilienzentrum diskutierten mit ihnen Möglichkeiten der Kooperation und führten Workshops mit ihnen durch.

## ***Gespräch mit dem DOSB***

Anfang Oktober 2013 fand in Frankfurt/M. ein Gespräch des LSVD mit dem Deutschen Olympischen Sportbund u.a. mit dem DOSB-Generaldirektor Michael Vesper statt. Thema war die Situation von Lesben und Schwulen in Russland und die Positionierung des Leistungssports und des DOSB zur russischen Gesetzgebung gegen "Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen" im Vorfeld und während der Olympiade in Sotschi.

Der LSVD, der durch seine Bundesvorstandsmitglieder Eva Henkel, Günter Dworek und Axel Hochrein sowie Bundesgeschäftsführer Klaus Jetz vertreten war, schilderte die rechtliche und soziale Situation von Lesben und Schwulen und Russland. Der LSVD verwies auch darauf, dass einige Regierungen die Entwicklung in Russland zum Vorbild nehmen und ebenfalls die Rechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger einzuschränken versuchen. Der LSVD begrüßte den Beschluss des DOSB-Präsidiums vom 16. September 2013, der das russische Gesetz als Widerspruch zu den eigenen Werten bezeichnet hatte. Zugleich bot der LSVD an, für alle Athletinnen, Athleten und Betreuer, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen und für Freiheit und Respekt eintreten wollen, als Experte für das Thema Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transgender in Russland zur Verfügung zu stehen. Wir erörterten zudem Protestmöglichkeiten der Athletinnen und Athleten gegen die Gesetzgebung und gaben der Hoffnung Ausdruck, dass das Thema Menschenrechte in Russland durch die Olympischen Winterspiele mehr Beachtung erfahre.

LSVD und DOSB vereinbarten ein Folgetreffen nach den Olympischen Winterspielen, um die in Russland gemachten Erfahrungen auszuwerten und die bereits bestehenden Aktivitäten gegen Homophobie im Sport zu vernetzen.

## ***19. Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES)***

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung arbeitet seit der Gründung eng mit Bundesministerien, Zivilgesellschaft und der deutschen EZ und Menschenrechtspolitik zusammen. Sie gehört zu den ersten NGOs, die Projekte für Lesben und Schwule in Verfolgerstaaten durchführten und zudem die hiesige EZ und Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik für die Themen LSBTI-Rechte und Menschenrechtsschutz sensibilisieren. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist die LSVD-Menschenrechtsstiftung.

Wichtige Projekte waren und sind unsere Kooperationen mit Partnerorganisationen in Afrika, Osteuropa oder Nicaragua. Wir unterstützen unsere Kooperationspartner im Rahmen von Projekten, für die wir hier finanzielle Mittel einwerben oder durch Spendengelder, die wir hier akquirieren und eins zu eins an unsere Partnerinnen und Partner weiterleiten. In Uganda unterstützen wir mit Privatspenden Organisationen wie Sexual Minorities Uganda (SMUG), Freedom and Roam Uganda (FARUG), in Nigeria das International Center for Reproductive Health & Sexual Rights. Weitere afrikanische Länder, in denen wir LSBTI-Aktivistinnen und Menschenrechtsverteidiger unterstützen bzw. unterstützt haben sind Südafrika und Kamerun. Ein wichtiger Kooperationspartner ist auch die exil-iranische Organisation Iranian Railroad for Queer Refugees mit Sitz in Kanada, die sich um aus dem Iran geflüchtete Homosexuelle kümmert.

In Nicaragua unterstützen wir LSBTI-Organisationen seit 2007. Gerade hat das Auswärtige Amt wieder ein Folgeprojekt bewilligt, das bis Ende 2014 laufen wird. Wichtige Projekte sind auch unsere Menschenrechtskonferenzen in osteuropäischen Ländern, die wir mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ durchführen, so etwa 2008 in Kiew, 2010 in Riga, 2012 in St. Petersburg und kommenden September 2014 in Belgrad.

### ***Besuchsreise afrikanischer Aktivisten in Berlin***

Im November 2013 fand erneut mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes eine von der HES organisierte Besuchsreise von zwölf afrikanischen LGBT-Menschenrechtsverteidigern in Berlin statt. Die LSBTI-Aktivistinnen und Aktivisten kamen allesamt aus Subsahara-Afrika nach Berlin, um Strategien zur Abwehr religiös bedingter Homophobie zu entwickeln und um sich mit dem Themenkomplex Homosexualität und Religion, Menschenrechte und Religionsfreiheit vertraut zu machen. Dabei wurde auf die vom Auswärtigen Amt unterstützte Aktivistenreise vom November 2012 aufgebaut. Wir konzentrierten uns bei diesem Projekt auf Subsahara-Afrika und die christlichen Religionen.

Im Mittelpunkt des Austausches mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen sowie Akteuren der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik standen Kooperationsmöglichkeiten und Menschenrechtsfragen wie körperliche Unversehrtheit, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Menschenrechtsbildung, Nicht-Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, Erscheinungsformen von Homo- und Transphobie, Abbau von Vorurteilen. Ein Wochenprogramm mit Workshops und Gesprächsterminen wurde erstellt.

Ziele waren die Stärkung der Handlungskompetenz für advocacy-Arbeit gegenüber Kirchen und für die Arbeit in internationalen Gremien (wie UN-Menschenrechtsrat), die Stärkung der Kampagnenfähigkeit zur Begegnung religiös inspirierter Homophobie, die Enttabuisierung von Homosexualität und Akzeptanzsteigerung, die Allianzenbildung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und aufgeschlossenen Kirchen und Kirchenvertretern sowie menschenrechtspolitisches Empowerment. Des Weiteren wurden zwecks Sensibilisierung für die Thematik Gespräche mit kirchlichen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit geführt.

Die Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen aus Afrika trafen auch wieder mit Kirchenvertreter aus Deutschland zusammen. Hierbei stand auch der Schutzgedanke für die von Gewalt bedrohten LSBTI-Aktivistinnen und Aktivisten im Vordergrund. Durch die Begegnung mit deutschen Kirchenvertretern, die auch Einfluss auf ihre Glaubensbrüder und -schwestern in Afrika haben, erhöht sich die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher in ihren afrikanischen Herkunftsländern.

### ***Öffentliche Tagung im Auswärtigen Amt mit UN-Sonderberichterstattem***

Im Rahmen der Besuchsreise fand im November 2013 erneut eine öffentliche Tagung im Auswärtigen Amt zu den Themen Homosexualität und Religion, Stärkung des Menschenrechtsschutzes von LSBTI und Projektarbeit mit LSBTI-Menschenrechtsverteidigern statt. Der Titel der halbtägigen Konferenz lautete Pride & Prejudice. Teilnehmende waren Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik, LSBTI-Aktivistinnen und Aktivisten. Die Themen kreisten um die Fragen Re-Kriminalisierungstendenzen von LSBTI in Afrika, die Rolle religiöser Gruppen, Religionsfreiheit und sexuelle Rechte, Antihomophobiearbeit, Tabuisierung und Enttabuisierung von Homosexualität. Ziele der Tagung waren die Entwicklung von Strategien für die Stärkung der Menschenrechte von LSBTI in Afrika, Aufklärung, Bewusstseinsbildung, Kompetenztransfer, Enttabuisierung und Akzeptanzsteigerung von LSBTI.

Im März 2014 kamen sieben der afrikanischen Freundinnen und Freunde auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für eine Woche nach Brüssel, um die EU-Menschenrechtspolitik zum Thema LSBTI kennenzulernen. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung hatte der FES dabei ihre Kontakte und Expertise zur Verfügung gestellt.

### ***CAL-Projekt im südlichen Afrika***

Ende letzten Jahres hat uns das BMZ für drei Jahre ein Projekt zur „Stärkung von Lesben und Transgender in Subsahara-Afrika“ bewilligt. Ermöglicht wird damit eine dreijährige

Projektarbeit in den Ländern Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe, wobei unsere Partnerorganisation Coalition of African Lesbians (CAL) das Projekt von Südafrika aus managt. In enger Zusammenarbeit mit CAL-Leiterin Dawn Cavanagh und der Frauenstiftung filia haben LSVD/Hirschfeld-Eddy-Stiftung 2013 ein Projektkonzept entwickelt, in dessen Fokus die Stärkung und die Vernetzung von lesbischen Frauen und Transgender in Subsahara-Afrika steht.

Das Projekt überzeugte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; es bewilligte 490.000 Euro, weitere 49.000 Euro bringt filia.die frauenstiftung ein. LSVD/Hirschfeld-Eddy-Stiftung und filia teilen sich die Projektleitung, z. B. die Abstimmung mit dem Ministerium, die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt und die konkrete Kontrolle der Mittelverwendung. Das Projektmanagement vor Ort liegt in Johannesburg bei unserer Projektpartnerin CAL und Dawn Cavanagh, Projektleiterin auf Seiten des LSVD/HES ist Uta Schwenke. Im März 2014 beginnt der Kick-Off Workshop in Johannesburg.

### ***Unterstützung für LSBTI in Nigeria***

Im Januar 2014 rief die HES zu Spenden für ihre Partnerorganisationen „International Center for Reproductive Health & Sexual Rights“ (INCRESE) auf.

Trotz internationaler Proteste hat der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan am 13. Januar 2014 das Anti-Homosexualitätsgesetz unterzeichnet, das landesweit Homosexuelle zu Freiwill erklärt. Schon wenige Tage danach kam es zu zahllosen Verhaftungen. Nach dem neuen Gesetz werden in Nigeria homosexuelle Handlungen und homosexuelle Beziehungen landesweit mit 14 Jahren bestraft. Für die Unterstützung von homosexuellen Gruppen, wegen eines homosexuellen Kusses in der Öffentlichkeit sowie bei Kundgebungen drohen bis zu 10 Jahre Haft. Zudem sind in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias homosexuelle Handlungen nach islamischem Recht mit besonders schweren Strafen bis hin zur Todesstrafe durch Steinigung bedroht.

Unsere Kooperationspartnerin Dorothy AvenOva Ogidi vom INCRESE hat sich mit einem Hilferuf an die Hirschfeld-Eddy-Stiftung gewandt. Sie schrieb, die Situation habe sich enorm verschärft, sie bat um Unterstützung, um Anwälte zu bezahlen, damit sie die Verhafteten begleiten und sie vor der Willkür der Polizei schützen. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung hat umgehend 1000 Euro als Soforthilfe nach Nigeria überwiesen.

Doch die Projektpartner in Nigeria benötigen langfristige finanzielle Unterstützung: für die politische Arbeit in dem Land, für HIV/AIDS-Arbeit, für die Dokumentation der Übergriffe, für die Weiterführung der Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit, für Sicherheitsvorkehrungen und Selbstverteidigungsworkshops und für den Kampf gegen das Gesetz. Deshalb riefen wir zu Spenden auf, die wir an die Aktivistinnen und Aktivisten in Nigeria weiterleiten, die sich unermüdlich, selbstlos und mutig für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgender einsetzen.

### ***Plattform LSBTI-Menschenrechte***

Ziel der Plattform sind die Verschränkung und Vernetzung zwischen den Personen, Kompetenzen und Organisationen der EZ und der LSBTI-Community. Das Projekt, das von Renate Rampf geleitet wird, läuft seit April 2011 als Projekt der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, es umfasst zehn Wochenstunden und wird von der Dreilinden gGmbH finanziert. Es gibt drei Schwerpunkte: die Fachtage und Veranstaltungen, den Plattform-Newsletter und die Yogyakarta-Allianz.

In 2013 fanden sieben Plenums-Treffen statt. Die HES koordinierte und protokollierte die Treffen, lud ein und lieferte Informationen an die Teilnehmenden. Im April 2013 fand die

Kick-off-Veranstaltung der Yogyakarta-Allianz im Rahmen eines Fachtages der Plattform im Deutschen Institut für Menschenrechte statt.

Die HES verschickt zwei bis drei Mal im Monat einen Plattform-Newsletter mit Hinweisen zu Berichten, Veranstaltungen und spezifischen Informationen zu Menschenrechten von LSBTI. Der newsletter erreicht rund 90 Adressen.

Im November 2013 fand der 5. Fachtag Regenbogenphilanthropie statt. Schwerpunktthema des Fachtages mit internationalen Gästen war die Kommunikation über die Lage in den Ländern und die Möglichkeiten eines konstanten und fachspezifischen Süd-Nord-Dialoges.

Köln, 28. März 2014